

# Wenn ein Parlament ein Pferd bauen soll, kommt eine Giraffe heraus

Autor(en): **Kerr, Katharina**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **74 (1996)**

Heft 2

PDF erstellt am: **10.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Wenn ein Parlament ein Pferd bauen soll, kommt eine Giraffe heraus

*Kaum in Kraft schon kräftig angeschossen, hat sich das neue schweizerische Krankenversicherungsgesetz (KVG) im ersten halben Jahr seines Bestehens noch keineswegs rundum bewährt. Weres in den harten Diskussionen vor der Abstimmung bekämpft hatte, will sich nun bestätigt sehen, wer sich dafür eingesetzt hatte, weist jetzt auf die Gründe hin, warum dieses KVG so nicht oder noch nicht funktionieren kann. Und alle suchen nach Auswegen aus der unbequemen Situation, in die sich die Schweiz mit diesem als mixtum compositum aus den eidgenössischen Beratungen hervorgegangenen neuen KVG versetzt sieht. Die Giraffe soll doch noch zum Pferd gemacht werden.*

*Eine für alle bezahlbare medizinische Grundversorgung, eine Gesundheitspolitik, die alle Bereiche des Lebens miteinbezieht und nicht den schwächsten Gliedern die alleinige Verantwortung für ihre Gesundheit zuschiebt, eine Organisation des Gesundheitswesens, welche Synergien auch über historisch gewachsene Grenzen hinaus zu nutzen versteht – nicht alle diese Ansprüche können sofort über das KVG erfüllt werden. Auch Gesundheitspolitik ist etwas ständig im Wandel Begriffenes – dass sie sich zu Gunsten der Volksgesundheit in einem umfassenden, nicht Geldeliten einseitig bevorzugenden Sinn wandelt, dafür tragen Gesetzgeber und AnbieterInnen die Verantwortung, und die Betroffenen, Patientinnen und Patienten mit ihren Angehörigen, müssen bereit und in der Lage sein, sich dafür zu wehren.*

*Uns hat interessiert, wie die eigentlichen InteressenverteterInnen ihre Wünsche und Akzente im Gesundheitswesen definieren. Wir haben deshalb von AnbieterInnen und BenutzerInnenseite verschiedene Persönlichkeiten um eine Stellungnahme zu unserer Gesundheitspolitik mit besonderer Berücksichtigung der Kosten gebeten. Diese Positionen stellen wir unseren LeserInnen als eine Sammlung von bunten Steinen des Anstosses und als Grundlage zur weiterführenden politischen Diskussion in den verschiedenen Gremien zur Verfügung. Von der Anbieterseite fehlen die nicht wenig kostenbestimmenden Vertreter der Pharma- und der Apparateindustrie. Bei der medizinischen Versorgung tun wir in diesem Heft so, als gäbe es nur die Allopathie (die Schulmedizin) und als gäbe es die kostengünstige, effiziente und sanfte Erfahrungsmedizin nicht, die doch gerade in mir eine langjährige und zufriedene Benutzerin hat. Der Grund dafür ist: die Rote Revue musste sich aus Platzgründen in dieser ersten Gesundheitsnummer auf die vorliegenden Themen beschränken. Das Konzept einer zweiten Nummer zum Thema Gesundheitspolitik, welche auch die heute ausgelassenen Bereiche und darüber hinaus gehende grundsätzliche Fragen wie zum Beispiel jene nach den Zusammenhängen zwischen Arbeit, Prävention und Krankheit berücksichtigt, ist aber bereits in Vorbereitung.*

*Eine erste politische Wertung des jungen KVGs unternimmt die Präsidentin der Sozialpolitischen Kommission der SPS und SP-Fraktionschefin Ursula Hafner. Als Nationalrätin, die schon bei den KVG-Beratungen dabei war, führt sie die momentan herrschende mittlere Unzufriedenheit mit diesem Gesetz auf differenzierbare Ursachen mit teilweise voraussehbaren Folgen zurück: Im wesentlichen geht es darum, dass wir in der Schweiz*

26 verschiedene Gesundheitssysteme haben, deren Vertretungen «in Bern» zu sehr und zu disparat Einfluss genommen haben. Der Gesundheitsökonom Willi Oggier sieht vor allem im tariflichen Wildwuchs, der vornehmlich von den frei praktizierenden Spezialärzten genützt wird, eine Gefahr für das Gesundheitsbudget. Nicht die qualitative, sondern vor allem die quantitative Angebotsvermehrung verteuert die Gesundheit. Der frühere Basler Gesundheitsdirektor und heutige Nationalrat Remo Gysin weist als Spezialist für New Public Management (NPM) in der Verwaltung und im Gesundheitsbereich auf die Gefahren des scheinbaren Wundermittels NPM hin. Nicht die Ablehnung der wirkungsorientierten Gesundheitsverwaltung ist seine Parole, sondern eine intelligente und nicht bloss kostenorientierte Anwendung des Systems, welche von andernorts gemachten schlechten Erfahrungen gelernt hat. Auch Werner Jöri hat die Entstehung des KVG in Bern als Nationalrat begleitet. Wo Gesundheitskosten angesprochen sind, plädiert er eher für Rationalisierung als für die ethisch fragwürdige und keineswegs ausdiskutierte Rationierung. Auch das Thema Rationierung müssen wir von unserer Seite her gesamtschweizerisch und in den Kantonen aufnehmen und weiterdiskutieren. Simone Gretler, Redaktionsmitglied der Roten Revue und Public Health-Spezialistin, hat die Statistiken erarbeitet.

*Ist es der Föderalismus, ist es die desolante Finanzlage der Kantone oder nur ihre neue Sparideologie, der Verlust von ehemals unbestritteneren Werten wie Solidarität oder die schamlose Gefrässigkeit der AnbieterInnen auf dem Markt, ist es das dauernde (institutionalisierte) Hintennachhinken der Leidenden, der PatientInnen, oder die Schwäche der Politik, welche einfach nicht werden lassen, was mit dem «grossen Wurf» des neuen KVG doch werden sollte? Wo ein Markt herrscht, gibt es GewinnerInnen und VerliererInnen, und in der schweizerischen Politik gibt es den Konsens nur nach Massgabe der Mehrheit der Mächtigen. Wer wie die Linke in diesem Land sozialpolitische Verbesserungen anstrebt, und das auch und erst recht in Zeiten der brutalen Entsolidarisierung, muss wohlversorgt sein mit Ausdauer, mit Umsicht und mit Wissen. Wir bleiben dran.*

Katharina Kerr